

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einführung: Problemstellung, Untersuchungsziel und Untersuchungsplan 19

Erstes Kapitel

Grundlegung

A. Das Wesen der Personengesellschaft im Zivilrecht	39
I. Die Natur der Personengesellschaft	39
1. Die Personengesellschaft als Vereinigung ohne Rechtsfähigkeit	39
2. Zuständigkeit für das Gesellschaftsvermögen	42
a. Die Gesellschafter als Träger des Gesellschaftsvermögens	42
b. Die Gesamthandsgemeinschaft als Rechtsträger	48
II. Geschäftliche Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern	50
1. Rechtliche Grundlagen der Leistungsbeziehungen	50
2. Beurteilung der Beziehungen	57
III. Die Abbildung der Leistungsbeziehungen zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern in der Handelsbilanz	61
1. Grundsätzliches zur Ermittlung des gemeinschaftlichen Erfolgs	61
2. Leistungen aufgrund gesellschaftsrechtlicher Verpflichtung (Beiträge)	64
a. Leistungsvereinigung	64
b. Leistungsaustausch	72
3. Leistungen auf sonstiger Rechtsgrundlage	77
IV. Der Gesellschaftsgewinn als gemeinschaftlicher Gewinn der Gesellschafter	80
B. Betriebswirtschaftliche Bedeutung der steuerlichen Beurteilung von Leistungsbeziehungen zwischen dem Gesellschafter und der Gesellschaft	82
I. Methodische Vorüberlegungen	82
II. Hingabe von Darlehen	86

III. Überlassung von Wirtschaftsgütern	93
1. Bewegliches Sachanlagevermögen	94
2. Grundstücke	102
3. Immaterielle Wirtschaftsgüter	107
IV. Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	111
1. Lohn, Gehalt und Honorar	112
2. Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	115
3. Zusage auf Direktversicherungs- und Pensionskassen- leistungen	119
4. Betriebliche Pensionszusage	124

Zweites Kapitel

Die Auffassung zur Rechtsnatur der Personengesellschaft in steuerlicher Gesetzgebung, steuerlicher Rechtsprechung und steuerlichem Schrifttum

A. Die in der Bilanzbündeltheorie mündenden Vorstellungen vom Wesen der Personengesellschaft	128
I. Einheit des in seinem Umfang nach zivilrechtlichen Grund- sätzen bestimmten Gesellschaftsbetriebs	128
1. Die Gesellschaft als Unternehmer in der Zeit des Preußischen EStG vom 24. 6. 1891	128
a. Verbindungen zwischen Zivil- und Steuerrecht	128
b. Ermittlung und Zurechnung des Geschäftserfolgs	131
c. Besteuerung der Vergütungen für im Gesellschaftsvertrag vereinbarte Leistungen	134
d. Behandlung von außergesellschaftlichen Geschäften	136
2. Qualifizierung der einzelnen Gesellschafter als Mitunterneh- mer nach dem REStG vom 29. 3. 1920	138
a. Aufnahme des Mitunternehmerbegriffs	138
b. Vergütungen für Mühewaltungen	144
(1) Die Vergütung als Teil der gewerblichen Einkünfte	144
(2) Die Vergütung als Gewinn des Gesellschafters aus dem eigenen Betrieb	148
II. Einheit des in seinem Umfang nach steuerlichen Grundsätzen bestimmten Betriebs der Mitunternehmergemeinschaft seit dem REStG vom 10. 8. 1925	152
1. Erweiterung des Gesellschaftsbetriebs um persönliche Lei- stungen des Mitunternehmers im Interesse der Gesellschaft	152

a.	Die einheitliche Gewinnfeststellung als Ursache für den erweiterten steuerlichen Gewinnbegriff	152
(1)	Zweck der einheitlichen Gewinnfeststellung	152
(2)	Gewinnbündelung	153
(3)	Bilanzbündelung	160
(4)	Nichtbeachtung gesellschaftsrechtlicher Begriffe	162
b.	Abgrenzung des Gesellschaftsvermögens nach zivilrechtlichen Grundsätzen bei der Beurteilung von Drittschuldverhältnissen	164
2.	Erweiterung des Gesellschaftsbetriebs um gesellschaftereigenes Vermögen	167
a.	Die Entwicklung des Vermögensteuer- und Bewertungsrechts als Signal für die Rechtsprechung	167
b.	Betriebsbündelung	171
(1)	Motivation und Begründung für die Erweiterung des Betriebsvermögens	171
(2)	Umfang des Betriebs der Mitunternehmergemeinschaft	178
3.	Anpassung des REStG 1934 an die vorausgegangene Rechtsprechung	183
III.	Vielheit der Gesellschafterbetriebe	191
1.	Die einzelnen Gesellschafter als Einzelunternehmer verschiedener Betriebsvermögen in der Rechtsprechung des RFH	191
2.	Die einzelnen Gesellschafter als Mitunternehmer eines nach steuerlichen Grundsätzen bestimmten einheitlichen, einzelne Gewerbebetriebe umfassenden Betriebsvermögens	199
IV.	Beurteilung des Gesellschaftsverhältnisses von seiten der Exekutive	208
V.	Zusammenfassung	215
B.	Die aus der Kritik an der Bilanzbündeltheorie erwachsenen neuen Auffassungen über die Rechtsstellung der Personengesellschaft	220
I.	Die Gesellschaft als Unternehmer eines nach zivilrechtlichen Grundsätzen bestimmten einheitlichen Betriebsvermögens	220
1.	Allgemeine Tendenzen in Rechtsprechung und Lehre	220
2.	Der Gewinn der Gesellschaft	225
3.	Die Vergütungen der Gesellschafter	231
II.	Die Gesellschaft und die Gesellschafter als Unternehmer eines nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgegrenzten einheitlichen Betriebs	238

1. Begriffliche Annäherung der Rechtsprechung an das Zivilrecht	238
2. Die im gemeinsamen Zweck begründete wirtschaftliche Einheit von Gesellschafts- und Gesellschafterbetrieb	243
a. Gemeinschaftsbezogene Vorgänge	243
b. Beteiligungsbezogene Vorgänge	247
3. Abgrenzung des Sonderbetriebsbereichs I	252
4. Ermittlung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb	262

Drittes Kapitel

Die einzelnen Gesellschafter als Mitunternehmer eines einheitlichen Betriebskerns sowie als Alleinunternehmer persönlicher Betriebsergänzungen

A. Die Entstehungsgeschichte der Vorschrift des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG als Ansatzpunkt für ihre Auslegung	267
B. Rechtliche Einheit der Gesellschaft und/oder Vielheit der Gesellschafter im Einkommensteuerrecht?	275
I. Einheits- und Vielheitsgedanke im Zivilrecht	275
II. Steuerpflicht der einzelnen Gesellschafter	280
III. Die einzelnen Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des gemeinschaftlichen Betriebs	283
1. Zielsetzung der Vorschrift des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG und erste Folgerungen	283
2. Zur steuerlichen Rechtsfähigkeit der Gesellschaft	285
a. Maßgeblichkeit der Einheit im Außenverhältnis	285
b. Maßgeblichkeit der personenrechtlichen Verbundenheit	289
3. „Mitunternehmer“ als Pendant zum „Miteigentümer“	295
a. Zuordnung des Gesellschaftsbetriebs	295
b. Zurechnung der einzelnen Gegenstände des Gesamthandsvermögens	306
C. Der Umfang gewerblicher Betätigung der einzelnen Gesellschafter	315
I. Zur Gleichstellung des Leistungsaustauschs mit im Gesellschaftsverhältnis begründeten Beziehungen	315
1. Beurteilung persönlicher Leistungen hinsichtlich ihres Beitragscharakters	315
a. Merkmale des wirtschaftlichen Beitrags	315

b. Förderung des gemeinsamen Zwecks	318
c. Gesellschaftliche Verpflichtung	322
2. Abgrenzung wirtschaftlicher Beiträge gegenüber steuerlich anerkannten Schuldverhältnissen	330
a. Berücksichtigung einzelner Kriterien bei der Abgrenzung der wirtschaftlichen Einheit	330
b. Beurteilung einzelner Kriterien	334
(1) Gesellschaftsvertragliche Vereinbarung der Leistung	334
(2) Nicht geringfügige Beteiligung des Gesellschafters	336
(3) Gewicht der Leistung für den Gesellschaftsbetrieb	339
(4) Leistung außerhalb persönlicher, gewerblicher oder freiberuflicher Betätigung	345
c. Qualität der Beitragsvorstellung für die Abgrenzung der Sondervergütungen	350
II. Zur Gleichstellung des Mitunternehmers mit dem Einzelunternehmer	355
1. Folgen für die Abgrenzung der gewerblichen Betätigung	355
2. Grundlage der Gleichstellungsthese	357
3. Gleichstellung in bezug auf die Erwirtschaftung des Gewinnanteils	359
a. Vorgänge innerhalb der Gesellschaft	359
b. Vorgänge außerhalb der Gesellschaft	361
4. Gleichstellung in bezug auf die Erzielung der Vergütungen	364
a. Zur Gleichstellungsthese in der bisherigen Rechtsprechung	364
b. Fälle wirtschaftlicher Identität des Gesellschafters mit der Gesellschaft	371
III. Gleichstellung der Vergütungen mit eigenbetrieblich erwirtschaftetem Ertrag	377
1. Charakterisierung der durch § 15 Abs. 1 Nr. 2 zweiter Halbsatz EStG erfaßten Vorgänge	377
a. Der gesetzgeberische Grundgedanke	377
b. Persönliche Aufwendungen und der Gesellschaft dienendes Vermögen	382
c. Beurteilung der einzelnen Leistung	388
d. Zufluß der Vergütungen	391
e. Grundsätzliches zur Abgrenzung der gewerblichen Einkünfte	396
2. Persönlicher Kapitaleinsatz	401
a. Kennzeichnung des Kapitaleinsatzes	401

b. Hingabe von Darlehen	405
c. Überlassung von Vermögensgegenständen	418
3. Persönliche Arbeits- und Dienstleistungen	425
a. Kennzeichnung der Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	425
b. Die Tätigkeit des Gesellschafters als Geschäftsführer	432
c. Der Mitunternehmer als Arbeitnehmer	437
d. Freiberufliche oder gewerbliche Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	446
e. Umfang gewerblicher Einkünfte aus einer Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft	454
D. Wirtschaftliche Einheit in der Hand der Gesellschaft und/oder von den einzelnen Gesellschaftern getragene Vielheit?	463
I. Zur Einheit von Gesellschaftsbetrieb und Sonderbetrieben in der Hand der Gesellschaft	463
1. Rechtliche Grundlage des Einheitsgedankens	463
2. Der Gesellschaftszweck als verbindendes Glied von Sozial- und Individualsphäre	467
a. Das Verhältnis des Gesellschaftszwecks zu den Gesellschafterzwecken	467
b. Persönliche Leistungen als Ausfluß des Gesellschaftszwecks (1) Leistungsaustausch und Sozialsphäre des Gesellschafters (2) Leistungsaustausch und von allen Gesellschaftern verfolgter Zweck	474 474 481
c. Beteiligungsbezogene Vorgänge als Ausfluß des Gesell- schaftsverhältnisses	488
d. Gegenüberstellung des Beitragsgedankens und der Bilanz- bündeltheorie	490
II. Wirtschaftliche Einheit des Gesellschaftsbetriebs sowie Vielheit der diesen ergänzenden Betriebsteile	495
1. Wirtschaftliche Abgeschlossenheit des Gesellschaftsbetriebs	495
a. Ansatzpunkte für die Trennung der persönlichen Leistungen vom gemeinschaftlichen Betrieb	495
b. Wertmäßig ausgeglichene Leistungsbeziehungen	503
(1) Festes Entgelt	503
(2) Gewinnabhängiges Entgelt	510
c. Wertmäßig unausgeglichenes Leistungsverhältnis	511
2. Die persönliche Betätigung als Ergänzung des gemeinschaft- lichen Betriebs	516

- a. Die rechtliche Trennung der einheitlichen gewerblichen Betätigung des Gesellschafters als ein Fall der Betriebsaufspaltung 516
- b. Das Verhältnis zwischen der Mitunternehmergemeinschaft und der Einzelunternehmung des Gesellschafters 528

Viertes Kapitel

Berechnung und Feststellung der Besteuerungsgrundlagen

A.	Einkünfte aus Gewerbebetrieb	541
	I. Systematik der Einkünfteermittlung	541
	II. Ermittlung der Gewinnanteile	544
	1. Der einzelne Gesellschafter als Gewerbetreibender	544
	2. Maßgeblichkeit der Handels- für die Steuerbilanz	551
	III. Ermittlung der Vergütungen	558
	IV. Zur konsolidierten Bilanz als Grundlage für die einheitliche Gewinnfeststellung	563
	V. Probleme der Gewinnrealisierung	570
	1. Begründung und Beendigung der Überlassung von Vermögen zur Nutzung	570
	2. Verkaufsgeschäfte	572
	3. Gesellschaftliche Einlagen und Entnahmen	574
	4. Darlehnsverhältnisse	581
	5. Aktivierungspflichtige Dienstleistungen	585
	6. Reinvestitionsvergünstigung	586
B.	Der Gewerbeertrag der Mitunternehmergemeinschaft	592
C.	Vermögensteuerliches Betriebsvermögen des Mitunternehmers und Gewerbekapital der Mitunternehmergemeinschaft	601
	<i>Literaturverzeichnis</i>	611
	<i>Verzeichnis der Rechtsquellen</i>	667
	<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	687
	<i>Sachregister</i>	693